zurzeit der Sichtung und Nachprüfung durch den Untersuchungsrichter.

Die Gründe zur Haussuchung.

Ueber die Gründe, die zu der Haussuchung im Reichs- und Landtage geführt haben, wird noch bekannt: Der Untersuchungsrichter wies u. a. darauf hin, daß bisher 80 Aktenbände vorliegen über die Beteiligung an dem begangenen oder versuchten Hochverrat. Es wurden auch die Persönlichkeiten bezeichnet, gegen die sich die Mordpläne gerichtet haben. Es handelt sich, wie verlautet, um Persönlichkeiten, die im Vordergrunde des öffentlichen Lebens stehen, u. a. sollen auch fünf kommunistische Reichstagsabgeordnete als Teilnehmer an der Mordaffäre bezeichnet worden sein. Die Haussuchung wurde von 80 Polizeibeamten vorgenommen. Von amtlicher Seite wird weniger Wert auf die gefundenen Waffen, als auf das vorliegende Aktenmaterial gelegt.

Wie erinnerlich, hatte die Behörde zum ersten Mal einwandfreie Beweisstücke über das Bestehen einer Mordorganisation der Kommunisten, die nach russischem Vorbild Tscheka genannt wird, dadurch erhalten, daß es ihr in Stuttgart gelang, kommunistische Kuriere zu verhaften, die sich dort wegen des geplanten Attentats gegen den Minister Molz aufhielten. Seitdem hat sich das belastende Material vermehrt und verdichtet, und es ist schon jetzt eine ganz anständige Liste von Straftaten die den Leitern dieser Tscheka vorgeworfen werden: Hochverrat, zwei vollendete und mehrere versuchte Morde. Und damit nicht genug! Wie Minister Severing im Landtage mitteilte, glaubt man Unterlagen dafür in den Händen zu haben, daß die Kommunisten nicht nur den Mord an einzelnen Staatsbürgern, sondern am ganzen Staat planen. Für die letztere Tatsache bedarf es im Grunde genommen gar keines Beweises; denn die Kommunisten selbst verkünden ja bei jeder Gelegenheit, daß es ihre Absicht ist, den bestehenden Staat völlig umzustürzen. Dagegen läßt sich aus den beschlagnahmten Dokumenten vielleicht ersehen, ob ein konkreter Plan für eine Staatsumwälzung in nächster Zeit ernstlich ins Auge gefaßt ist, und wie man sich dessen Ausführung im einzelnen vernommen hat. Es ist bezeichnend, daß der kommunistische Protest gegen diese Haussuchungen, der in der Freitag-Sitzung des Landtages eingelegt wurde, — wegen der Vertagung des Reichstags konnten die Linksradikalen dort keinen Einspruch erheben — die Gesetzmäßigkeit des Vorgehens des Untersuchungsrichters an sich nicht bestreitet; auch der Präsident des Landtages hatte keine Veranlassung, der Haussuchung etwa mit Rücksicht auf die Immunität der Abgeordneten Schwierigkeiten zu machen. Es entbehrt übrigens nicht eines gewissen pikanten Beigeschmacks daß dieser Präsident vor Jahren, als er noch selber Landtagsabgeordneter war, im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses einen peinlichen Zusammenstoß mit der vom damaligen Präsidenten herbeigerufenen Ordnungspolizei hatte, und daß er ebenso der Sozialdemokratischen Partei angehört wie der Minister des Innern, dessen Beamte jetzt die Haussuchungen gegen die Kommunisten in den Parlamenten ausführten.

Vertagung des Hanauer Hochverratsprozesses.

Unerhörte französische Eingriffe.

In dem in Hanau vor dem Staatsgerichtshof angesetzten Prozeß gegen den Weingutsbesitzer Barkhold aus Elville wegen Hochverrats ergab sich das gleiche Bild wie am gestrigen Verhandlungstage. Von den geladenen 40 Zeugen waren nur die bereits gestern erschienenen neun Zeugen anwesend. Die anderen Zeugen fehlten. Der Landrat in Rüdesheim hat an den Oberreichsanwalt ein Telegramm gerichtet, wonach der französische Kreisdelegierte in Rüdesheim den in dem Prozeß Barkhold geladenen Zeugen verboten hat, sich zur Hauptverhandlung nach Hanau zu begeben. Auch ein im besetzten Gebiet wohnender Zeuge hat sein Nichterscheinen mit der Angabe entschuldigt, daß es ihm verboten worden sei, sich zur Verhandlung nach Hanau zu begeben. Der Staatsgerichtshof beschloß hierauf, den Prozeß auf unbestimmte Zeit zu vertagen, da es durch das Verhalten der französischen Besatzungsbehörde unmöglich gemacht sei, den gegenwärtigen Prozeß durchzuführen. Der Verteidiger stellte hierauf den Antrag, den Angeklagten aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Dieser Antrag wurde vom Staatsgerichtshof abgelehnt.

Deutsch-russisches Kompromiß!

Der Vertreter des russischen Regierungskommissars Litwinow hat sich mehrere Tage in Berlin aufgehalten und bei dieser Gelegenheit zwei sehr ausführliche Besprechungen mit dem Außenminister Dr. Stresemann gehabt. Diese Besprechungen galten einer Beilegung des deutsch-russischen Konfliktes. Es besteht Aussicht, daß über den letzten Streitpunkt, die Frage der Exterritorialität der Handelsvertretung eine der beiderseitigen Forderungen Rechnung tragende Einigung herbeigeführt wird. Die Einigung dürfte sich etwa auf der Linie vollziehen, daß zwischen der nichtexterritorialen eigentlichen Handelsvertretung und zwischen den persönlichen Wünschen der einzelnen exterritorialen Mitglieder dieses Instituts unterschieden wird. Es dürften, wie wir hören, auch noch andere interessante Dinge zur Besprechung gekommen sein.

Deutsch-griechisches Wirtschaftsabkommen.

Der deutsche Geschäftsträger und der griechische Außenminister haben gestern ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen sichert allen richtigen deutschen Exportartikeln die griechische Meistbegünstigung und den deutschen Schiffen bei ihrem Verkehr in den griechischen Häfen die Gleichstellung mit griechischen Schiffen, insbesondere auch bezüglich der zu entrichtenden Gebühren und Abgaben, wogegen deutscherseits der griechischen Regierung ein Kontingent für die Einfuhr griechischer Weine und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes für die Einfuhr griechischen Tabaks zugesichert worden sei. Das Abkommen, dessen Inkrafttreten noch besonders bekanntgegeben wird, ist für sechs Monate mit stillschweigender Verlängerung von drei zu drei Monaten geschlossen worden. Es wird zweifellos zur Belebung der deutsch-griechischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich beitragen.

Der bayrische Ministerpräsident beim Kanzler. Nach der gestrigen gemeinsamen Sitzung der deutschen Freistaaten in der Reichskanzlei fand eine etwa einstündige Unterredung des bayrischen Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler statt. Aus München wird heute früh gemeldet, daß diese Unterredung den dringenden bayrischen Forderungen nach schleuniger Inangriffnahme einer Revision der Weimarer Verfassung gegolten habe und daß der Kanzler im Namen der Reichsregierung zugesichert habe, die Revisionsfrage sofort nach Erledigung der Verhandlungen über die Expertenbeschlüsse in Anriff zu nehmen.

Die Einladung für London in Berlin noch nicht eingetroffen. „Echo de Paris" meldet, der Reichsregierung sei zusammen mit einem Memorandum über die Besprechung von Chequers eine Einladung zur Londoner Konferenz durch den britischen Botschafter übergeben worden. An zuständiger Stelle erfahren wir, schreibt das „Chemnitzer Tageblatt", daß der Reichsregierung bisher eine Einladung noch nicht zugegangen ist.

Französische Flottenmanöver in der Nordsee. Die „Times" melden aus Paris: Die Herbstmanöver der französischen Kriegsflotte sollen in der Nordsee stattfinden; an ihnen nimmt auch die französische Mittelmeerflotte teil, so daß es zu einer der größten nichtenglischen Flottenzusammenziehung in der Nordsee kommen wird. Die Manöver beginnen am 1. September. Die gesamte französische Kriegsflotte wird erstmalig am 19. und 20. September durch den Kanal fahren.

Die Nachforschungen nach Matteottis Leiche eingestellt. Die Agentur Stefani meldet: Die Nachforschungen nach der Leiche Matteottis sind, weil erfolglos, eingestellt worden.

Von Stadt und Land.

Aue, 5. Juli.

Stadtverordnetensitzung Aue

4. Juli 1924.

Anwesend: 28 Stadtverordnete. Vorsitz: Bürgermeister Hofmann. Entschuldigt fehlten vier Mitglieder des Kollegiums. Gegen die am 13. März 1924 vorgenommene Stadtratswahl hatte Stadtv. Raabe und Genossen Aufsichtsbeschwerde bei der Kreishauptmannschaft in Zwickau erhoben. Der Kreisausschuß hat dieser Aufsichtsbeschwerde stattgegeben und damit die am genannten Tage durch die Stadtverordneten vorgenommene Wahl von sechs unbesoldeten Ratsmitgliedern im Aufsichtswege aufgehoben, weil damals für die Wahl die rechtliche Voraussetzung hinsichtlich eines gültigen Ortsgesetzes noch nicht gegeben war. In der gestern vorgenommenen Wahl wurden abgegeben für den Sozialdemokratischen Wahlvorschlag A 5 Stimmen, für den Kommunistischen Wahlvorschlag B 7 Stimmen, für den Bürgerlichen Wahlvorschlag C 11 Stimmen. Die Fraktion der Hausbesitzer, die ebenfalls einen Wahlvorschlag eingereicht hatte, erklärte, daß sie ihn zurückziehe. Der Vorsteher weist darauf hin, daß eine Zurücknahme des Wahlvorschlages im jetzigen Stadium des Wahlverfahrens nicht mehr zulässig sei, da es sich vielmehr nur darum handeln könne, daß die Partei für den Vorschlag nicht mehr einzutreten vermöchte. Nach Stimmenabgabe erhielten: Wahlvorschlag A 1 Sitz, Wahlvorschlag B 2 Sitze und Wahlvorschlag C 3 Sitze. Es sind demnach als Stadträte gewählt: Gewerkschaftsbeamter Adolf Hirthe, Silberpolierer Otto Brandt, Gastwirt Hugo Colditz, Kaufmann Albin Roßner, Schmiedemeister Albin Mehlhorn, Syndikus Rudolf Illgen. Alle gewählten Herren, bis auf Herrn Illgen, der neu ins Ratskollegium eintritt, waren schon bisher unbesoldete Ratsmitglieder. — Es ist eine Umdeckung der Dächer des Heinzegutes erforderlich, wozu 1250 Mark bewilligt werden. Wegen künftiger Abtretung eines Streifens Land von der der Stadtgemeinde gehörigen Schachtwiese an den Eisenbahnfiskus tritt das Kollegium dem getroffenen Abkommen bei. — Von der kommunistischen Fraktion sind zwei Anträge gestellt worden: 1. Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu beauftragen, bei der Regierung um Zurückziehung der Sipo aus Aue vorstellig zu werden, da eine zwingende Notwendigkeit ihres Hierseins nicht mehr vorliege und die Schule sofort geräumt werden möchte. Der Antrag wurde vom Stadtv. Fabian begründet und hatte eine längere, hauptsächlich politische Aussprache zur Folge, die den Beschluß zeitigte, daß er mit 11 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde, fünf Stadtverordnete enthielten sich dabei der Abstimmung. Der 2. Antrag ging darauf hinaus, einen Beschluß auf Erhöhung der Unterstützungssätze für die Familien der Inhaftierten von Aue zu fassen. Gegen 7 Stimmen wird dieser Antrag abgelehnt. — Der öffentlichen Sitzung folgte eine nichtöffentliche.

* * *

Sozialdemokratische Anfragen zur Kurzarbeit und zu Betriebsstillegungen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag eine Reihe von Anfragen eingebracht. In der einen wird gefragt, ob der Regierung bekannt sei, daß die Arbeitnehmer in Form von verschiedenen Steuern nicht nur bei Vollarbeit, sondern auch bei Kurzarbeit ganz erheblichen Lohnabzügen ausgesetzt sind, und daß außerdem auf der anderen Seite den Arbeitnehmern von Arbeitgeberseite Lohnabbau angedroht werde. Es wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um den Arbeitnehmern eine auskömmliche Existenz zu garantieren? Eine weitere Anfrage beschäftigt sich mit den Betriebseinschränkungen in der sächsischen Wirtschaft und dem daraus folgenden Ansteigen der Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit. Die sächsische Regierung wird gefragt, was sie zu tun gedenkt, um den Betriebsstillegungen entgegenzuwirken, den Erwerbslosen eine auskömmliche Unterstützung zu sichern, gegen willkürliche Entlassungen ausreichenden Schutz zu gewähren, die Kurzarbeiter zu unterstützen usw.

Abgelehnte Polizeiwünsche der Kommunisten. Im Haushaltausschuß A des Landtages gab der Innenminister Müller unter Bezugnahme auf kommunistische Anträge die Erklärung ab, daß er es ablehnen müsse, die Entscheidung über Anstellung von Polizeibeamten dem Beamtenrat zu überlassen. Er sei auch durchaus nicht gewillt, dem Wunsch der Kommunisten auf Auflösung der berittenen Abteilungen der Polizei zu entsprechen, es sei denn, daß der Landtag einen dahingehenden Beschluß fasse. Gegenüber zahlreichen Beschwerden der Kommunisten wegen angeblicher Uebergriffe der Polizeibeamten und Mißhandlungen von Verhafteten erklärt Minister Müller, daß eine Nachprüfung in allen Fällen ergeben habe, daß in den Anzeigen unterlassen war, auch anzugeben, wie sich das Publikum vorher gegenüber den Polizeibeamten benommen habe.

Zehnprozentige Steigerung der Lebenshaltung. Nach den Preisfeststellungen vom 2. Juli 1924 sind vom Statistischen Landesamte für Sachsen als Indexzahlen errechnet worden: mit Bekleidung 1,227 Billionen, ohne Bekleidung 1,194 Billionen. In der vergangenen Woche sind demnach die Indexziffern um 8,7 bezw. 10,9 Prozent gestiegen. Die Steigerung scheint in der Hauptsache auf die Erhöhung der Mieten am 1. Juli zurückzuführen zu sein.

Verkehrswesen. In einer Versammlung des Interessenverbandes deutscher Kraftfahrer kam u. a. auch die Disziplinlosigkeit der Radfahrer zur Sprache. Der Verband hat an die Behörden eine Eingabe gerichtet, in der um Einführung des Nummernzwanges auch für Radfahrer gebeten wird. Die Polizeibehörde habe diese Anregung begrüßt. In Zukunft werden also nicht nur die Autos, sondern auch alle Fahrräder mit weithin sichtbaren Nummern versehen sein müssen, so daß auch das Publikum die sogenannten „wilden" und rücksichtslosen Radfahrer, die nach einem verursachten Unfall sich schleunigst entfernen, leicht feststellen kann. Ferner wird von der Kreishauptmannschaft Leipzig das Projekt der Herstellung einer Automobilstraße Leipzig-Dresden erörtert. Was den Ausbau der Landstraße betrifft, so haben die sächsischen Behörden mitgeteilt, daß in diesem Jahre 10 Prozent der Hauptchausseen mit Kleinpflaster belegt werden sollen; der Ausbau der sächsischen Hauptstraßen werde also 10 Jahre erfordern.

Ferienkinder. Wie im vorigen Jahre sollen auch in diesem Jahre Kinder aus Kreuznach und Umgebung im Erzgebirge von etwa Mitte Juli bis Mitte September untergebracht werden. Wer in Aue ein Kind für diese Zeit in Pflege nehmen will, wird gebeten, das Wohlfahrtsamt Aue, Stadthaus, Zimmer 5, bis zum 8. Juli zu benachrichtigen.

Zur Fahrt des Gewerbevereins nach Dresden und Meißen haben sich insgesamt ca. 175 Personen gemeldet. Nachdem heute früh bereits Fachschuldirektor Bang mit über 70 Personen die Reise antrat, fahren Sonntag früh 100 Personen. Beide Gruppen vereinigen sich morgen in Dresden, um am Nachmittag die Reise nach Meißen per Dampfschiff gemeinsam fortzusetzen. Der Montag ist ganz den Sehenswürdigkeiten und Schönheiten Meißens gewidmet. Die Rückkehr erfolgt Montag nachts 12,11 Uhr. Hoffentlich ist den Ausflüglern schönes Wetter auf ihrer Fahrt beschieden.

Die sächsische Missionskonferenz hält am kommenden Dienstag, den 8. Juli, vorm. 9 Uhr im Pfarrhaussaale der Nicolaikirche Aue ihre Jahreshauptversammlung ab. Neben kurzen geschäftlichen Mitteilungen werden eine Missionsansprache von Sup. Michael und zwei sehr interessante Vorträge geboten von Missions-Direktor Dr. Ihmels über „Der Wiederaufbau unserer Missionsarbeit" und von Probst Meinel über „Das geistliche Lied in unsern Tamulengemeinden". Alle Missionsfreunde und Gemeindeglieder sind dazu herzlich eingeladen!

Radfahrerzusammenstoß. Ein gestern die Schwarzenberger Straße vorschriftsmäßig rechts herunterkommender Motorfahrer rollte mit einer Radfahrerin, die aus der Richtung Bahnhofstraße kommend, die Wettinerstraße entlang zu fahren versuchte, zusammen. Letztere fuhr links wie uns gemeldet wurde. Der Motorfahrer suchte auszuweichen, um einen Zusammenstoß zu verhüten, indem er die Fahrtrichtung änderte und in die Wettinerstraße einbog. Trotzdem aber fuhr er das Hinterrad der Radfahrerin an, die dadurch vom Rade stürzte. Der Sturz ist, wie wir hören, ohne nennenswerte Folgen geblieben.

Konzerte.

Platzmusik Sonntag von 10¼—11¼ auf dem Marktplatz. Musikfolge: 1. Krönungsmarsch aus der Oper „Der Prophet" v. G. Meyerbeer. 2. Ouverture zur Oper „Zampa" v. H. Herold. 3. Rosenlieder v. Th. zu Eulenburg. a) Monatsrose, b) Wilde Rose. 4. Im schönen Elbflorenz v. K. Schröder. 5. Musikalische Vexierbilder, Potpourri v. A. Schreiner.

* * *

Plauen i. V. Eine Lebende für tot erklärt! Durch ein Versehen, das auf Namensverwechselung zurückzuführen ist, war eine im Stadtkrankenhause untergebrachte Frau von hier für tot erklärt worden. Sie hatte erst am Dienstag Aufnahme im Krankenhause gefunden und bereits am folgenden Tage bekam der Gatte die telefonische Mitteilung, daß seine Frau gestorben sei. Er begab sich nach dem Krankenhause, um seine Frau noch einmal zu sehen, wozu nach den bestehenden Bestimmungen aber keine Möglichkeit bestand. Er bekam einen Totenschein ausgestellt, unternahm alle Schritte zur Vorbereitung der Beerdigung, die auf Sonnabend festgesetzt wurde und auch an die Bekannten waren Mitteilungen ergangen. Zur größten Freude des trauernden Gatten erhielt dieser nunmehr die Mitteilung, daß sich seine Frau am Leben befindet. Die Verstorbene sei eine im Krankenhause untergebrachte Kranke gleichen Namens.

Hohenstein-Ernstthal. Die Stadtverordnetenmehrheit gegen die Landespolizei. In der Stadtverordnetensitzung wurden für Wohnhausbauten 107 000 Mark bewilligt. Die kommunistischen Vertreter brachten wegen die noch hier liegende Landespolizei schwere Klagen vor, wobei es zwischen Bürgermeister Dr. Patz, der die Polizei in Schutz nahm, und kommunistischen Vertretern zu Auseinandersetzungen kam. Die Kommunisten brachten einen Antrag ein, wonach der Rat alle Schritte unternehmen soll, damit die Landespolizei schnellstens von hier zurückgezogen werden soll. Gegen 10 bürgerliche Stimmen wurde demgemäß beschlossen.

Waldenburg. Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule. Wie der landwirtschaftliche Kreisverein zu Chemnitz mitteilt, hat der Landeskulturrat den An-